

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volkssblatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberggr.

N: 126.

Paderborn, 20. October

1849.

Uebersicht.

Berlin. (Correspondenz des Abgeordneten Herrn Hesse.)
Deutschland. Berlin (des Königs Geburtstag; die „Gefion“; die Bundes-Kommission); Potsdam (der König); Münster (Schreiben des Oberstaatsanwalts Sethe an Lemme); Siegen (die Denkschrift der Bischöfe); Hamburg (die Diplomatie); Hannover (die Ständeverammlung einberufen); Frankfurt (der Reichsverweser); Von der Schweizergrenze (das verschleppte Kriegsmaterial); München (Sitzung der Kammer; die preuß. Forderungen); Wien (die Todesurtheile in Ungarn); das neue Anlehen; Nachrichten aus Mailand).
Ungarn. (Mittheilung über Komorn); Larnow (Schloß Larnow abgebrannt).
Frankreich. Paris (der Thiers'sche Bericht und der Präsident der Republik; v. Hubner; die spanischen Flüchtlinge).
England. London (eine Postreform).

Berlin, den 17. October 1849.

Wenn Sie die stenographischen Berichte lesen, und daraus die verschiedenen Abstimmungen über die wichtigsten Fragen der Verfassung ansehen, dann beurtheilen Sie wenigstens diejenige Kammer-Fraktion, zu der ich gehöre, nicht richtig; denn wir gehören nicht zu denjenigen, welche, wie Saturn, die eigenen Kinder verzehren. Bei den §§. 95, 105, 107 und 108 haben wir aus innerster Ueberzeugung im oppositionellen Sinne stimmen müssen, wofür die Kreuzzeitung uns die unverdiente Ehre erweist, jeden von uns mit seinen Schwächen und Gebrechen, und mit allerlei erdichteten Anhängseln die Revue passiren, und oft auf die frivolste Weise besudeln zu lassen. Es ist das reine Geschmackssache, und über den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. Wir werden fortan unsern eigenen Weg gehen und darin consequent handeln, daß wir uns gegen jedes Abdingen von der einmal gegebenen Verfassung sträuben werden. Die größten Streitfragen werden voraussichtlich bei den §§. 11 bis 23, betreffend die Kirchen- und Schulangelegenheiten, zum Vorschein kommen. In der ersten Kammer hat man mehrere der ursprünglichen Verfassungs-Bestimmungen sehr nachtheilig amendirt, und darin stimmen die meisten Katholiken und Protestanten überein, daß jede beengende Bestimmung sowohl von der Kirche, als auch von der Schule entfernt gehalten werden müsse. Kein Wunder daher, wenn das Ammon'sche Amendement, welches die erste Kammer angenommen hat, und worin nur die inneren Angelegenheiten der Kirche, und die äußeren der Leitung und Aufsicht des Staats anheimfallen, so vielerlei Mißbilligung von allen Seiten erfahren hat. Es sind hiergegen viele Proteste von katholischen und evangelischen Gemeinden und Verbänden eingegangen; insbesondere erleidet auch der aufgestellte Begriff von „Volks-, Gemeinde- und Confessions-Schulen“ in Denkschriften und Eingaben die heftigsten Kritiken. Die Weisheit der Menschen ist noch immer zu Schanden geworden, wenn sie da eingreifen will, was Erfahrung- und Naturgemäß sich von selbst versteht, und was außerhalb menschlicher Weisheit gelegen ist.

Vom geistigen Gebiete, was ich nur im Vorbeigehen berührt habe, muß ich wieder einlenken auf das materielle; leider haben wir in diesem Gebiete bis jetzt noch nichts Ersprießliches vollständig zu Stande bringen können. In der Agrar-Kommission haben wir gestern die 6 Wochen andauernde Berathung über den Gesetzentwurf wegen Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und wegen Errichtung von Rentenbanken beendigt, und der Commissionsbericht wird wahrscheinlich zunächst, spätestens in der Hälfte des November auf die Tages-Ordnung für's Plenum gesetzt werden. Ich meinstheils bin mit den Arbeiten der Commission im Interesse der Verpflichteten zufrieden, und meiner Ansicht nach können damit auch die

Berechtigten zufrieden sein, wenn sie die Verhältnisse und Zeitumstände berücksichtigen und alles das in Anschlag bringen, was mit einer Naturalerhebung in Verbindung steht. Aus vielfacher Erfahrung kenne ich die vielen Verdrießlichkeiten und Ausfälle, welche die Berechtigten zu erleiden, und die Kosten, welche sie in Folge der Erhebung aufzuwenden hatten. In besonderer Beziehung auf das vormalige Fürstenthum Paderborn kann ich den nach dem Reglement vom 8. August 1836 Rentenverpflichteten, welche sich der Erbfolgeordnung vom 13. Juli 1836 nicht unterworfen und daher gegenwärtig noch 4 1/2 Procent zu zahlen haben, die tröstliche Versicherung geben, daß mit Aufhebung gedachter Erbfolgeordnung ihnen nun auch die Vortheile der §§. 14 und 15 des Reglements zu Theil werden müssen. Denn wo die Ursachen nicht mehr vorhanden sind, welche die Beschränkung hervorgerufen haben, da müssen nothwendig auch die Wirkungen fortfallen, und sowohl von Seiten der bei der Berathung in der Commission anwesend gewesenem Ministerialcommissarien als auch von allen Commissionsmitgliedern ohne Ausnahme ist die Gerechtigkeit der Forderung der bisher von den Wohlthaten der gedachten §§. 14 und 15 Ausgeschlossenen anerkannt worden.

Die sämmtlichen westphälischen und rheinischen Abgeordneten, so wie auch viele aus andern Provinzen werden sich heute Abend versammeln um die Grundsteuerausgleichungs- und Steuerbefreiungsfrage mit allen zu Gebote stehenden erlaubten Mitteln endlich zum Austrag zu bringen. Es war in dieser Beziehung kürzlich eine Denkschrift mehrerer Grundsteuerfreien aus den alten Provinzen vertheilt, worin wir — die wir die Gleichstellung und Aufhebung der Befreiungen ohne Entschädigung verlangen — als Revolutionärs und Verblendete bezeichnet werden, welche wohlverworbene Rechte antasten und den Herren die unschuldige Entschädigungsforderung nicht gönnen wollten. An das Gesetz vom 27. Octbr. 1810 und an jenes vom 30. Mai 1820 wird in solchen Schriften nicht gedacht, auch nicht daran, daß die einfache Gerechtigkeit die gleichmäßige Besteuerung Aller, nach Kräften und Vermögen nothwendig erheischt. Diese Herren haben nichts dagegen eingewendet, daß vom 1. Januar f. J. an auch die Geistlichkeit, Lehrer und die Offiziere besteuert werden sollen, und zwar ohne alle Entschädigung. Wohl hatte Friedrich der Große Recht, wenn er sagte: Die Menschen brauchen immer viel Zeit um zu etwas Vernünftigem zu gelangen! Das leidige Interesse umnebelt oft auch den klarsten Verstand.

Hesse.

Deutschland.

Berlin, 16. October. Der Geburtstag des Königs wurde gestern in der seit Jahren bei uns üblichen Weise gefeiert. Schon am frühen Morgen wurden die in der Nähe des königl. Schlosses Wohnenden durch Choralmusik von der Schloßkuppel an den Festtag erinnert; das Abfeuern von 101 Kanonenschüssen im Thiergarten rief auch den entfernter Wohnenden einen Festgruß zu.

Die Universität beging die Feier in der Aula, in welcher sich, außer vielen hohen Civil- und Militär-Beamten, die Professoren und Studirenden versammelt hatten. Nach einem kurzen einleitenden Gesange sprach Herr Professor Böck die Festrede. Die Böcker, sagte der Redner unter andern, haben im Staate die Einheit gefunden, in welcher alle einzelnen Bestrebungen, auch die der Kirche (!!) aufgehen müssen. Weil Vielherrschaft nicht frommt, darum stellten sie schon seit alten Zeiten Einen an der Spitze und ließen, um die nothwendige Stetigkeit zu erreichen, das Erbfolgerecht gelten. Für den monarchischen Staat ist die konstitutionelle Verfassung die beste, wenn sie nicht bloßer, Alles tödrender Schein ist. Durch sie wird die Einheit des Staates auf edlere Weise erreicht,